

Nukleare Abrüstung: Den Stillstand überwinden

Im Februar fand in Mexiko eine Konferenz über die humanitären Konsequenzen eines Atomwaffeneinsatzes statt. Sie ist das vorerst letzte Glied in einer Reihe von Bemühungen, auf der internationalen und diplomatischen Ebene den Stillstand bei der nuklearen Abrüstung zu überwinden.



Aus aller Welt waren Vertreter von Nichtregierungsorganisationen nach Mexiko gereist

Seit 1970 ist der nukleare Nichtverbreitungsvertrag in Kraft, der »in naher Zukunft, die Beendigung des nuklearen Wettrüstens und Verhandlungen zu einem Vertrag für die vollständige Abrüstung« fordert. Es ist kein Datum dafür genannt, aber der Prozess stagniert.

In der Überprüfungskonferenz 2000 wurden einstimmig 13 praktische Schritte von den Vertretern der über 180 Mitgliedsstaaten beschlossen. Sie wurden nicht umgesetzt, und sogar zum Teil gebrochen. Die USA kündigten den ABM-Vertrag, um ein Raketenabwehrsystem aufbauen zu können. 2005 ging die Überprüfungskonferenz ohne einen inhaltlichen Konsens zu Ende. 2010 gab es dann endlich eine Übereinkunft, die konkret festgelegt wurde: Eine Konferenz über die Einrichtung einer Zone frei von Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten sollte bis zum Jahre 2012 ausgerichtet werden. Auch hier Fehlanzeige. Israel und Iran waren nicht an einen gemeinsamen Verhandlungstisch zu bringen.

Auch in Genf tagt seit den 90er Jahren die Abrüstungskonferenz der UNO ohne Ergebnisse. Noch nicht mal eine Einigung auf eine Tagesordnung gibt es.

Neuer Schwung für Abrüstungsverhandlungen



Auf zwei Wegen wird versucht, den Stillstand bei der nuklearen Abrüstung zu überwinden. Von der UN-Generalversammlung wurde eine »Offene Arbeitsgruppe« beauftragt, neue Abrüstungsvorschläge zu erarbeiten. In der Arbeitsgruppe gilt nicht das Konsensprinzip, wie im Rahmen des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages. Alle Staaten, die wollen, können dieser Arbeitsgruppe beitreten. Über Ihre Ergebnisse soll sie der UN-Generalversammlung berichten.

Ein anderer Prozess hat sich außerhalb des UN-Systems etabliert. Die Diskussion um die humanitären Konsequenzen eines Atomwaffeneinsatzes weicht von den bisherigen Sicherheitsdiskussionen ab und nimmt die Folgen für Mensch und Umwelt in den Blick. In diese Diskussion hat sich auch das Rote Kreuz eingeschaltet. Ergebnis dieses Prozesses könnte ein Verbotsvertrag für Atomwaffen werden, verabredet von den atomwaffenfreien Staaten. Für diesen setzt sich die internationale Kampagne ICAN ein. Eine erste Konferenz dazu fand letztes Jahr in Oslo statt, die norwegische Regierung hatte dazu eingeladen. Jetzt wurde sie in Nayarit fortgesetzt, auf Einladung der mexikanischen Regierung. **Lesen Sie »Im Blick«, welche Hoffnungen Regierungen und Nichtregierungsorganisationen mit diesem Weg verbinden.**

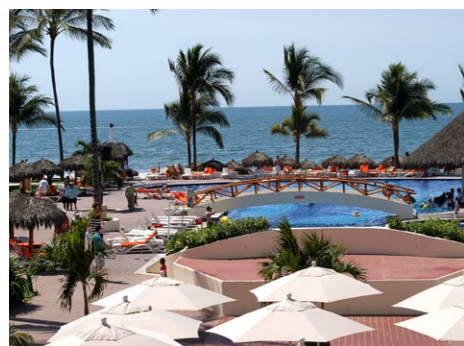


Atomtest der USA im Bikiniatoll

Die Schrecken der Bombe überwinden

2. INTERNATIONALE REGIERUNGSKONFERENZ ZU DEN HUMANITÄREN FOLGEN VON ATOMWAFFENEINSÄTZEN

Vertreter von 146 Regierungen haben jüngst ganz außerhalb der üblichen UN-Städte eine ungewöhnliche Konferenz durchgeführt: Im sonnigen Nayarit an der mexikanischen Pazifikküste wurden die humanitären Folgen von Atomwaffeneinsätzen diskutiert. Die mexikanische Regierung hatte neben IPPNW-Co-Präsidenten Dr. Ira Helfand weitere Wissenschaftler und Mitarbeiter humanitärer Hilfsorganisationen und der UNO eingeladen. Angesichts erschreckender Erkenntnisse wurde deutlich: Es gibt ein tiefes Bedürfnis der atomwaffenfreien Staaten, nach langem Stillstand Druck zur Abrüstung aufzubauen.



Nayarit, Pazifik-Küste von Mexiko: Während andere in Richtung Beach in ihren Badeanzügen schlendern, stehen wir in der Morgensonne im schicken Kleid bzw. Schlips und Anzug in der Sicherheitsschlange vor dem Konferenzgebäude. Wir sind an der Mexikanischen Riviera in Nuevo Vallarta, wo sich vor paradiesischer Kulisse Regierungsvertreter von 146 Staaten und ca. 120 Vertreter der Zivilgesellschaft grausame Vorstellungen durch den Kopf gehen lassen. Es ist die zweite Konferenz über die humanitären Folgen von Atomwaffeneinsätzen. Die erste Konferenz fand vor einem Jahr in Oslo statt. Die Regierung Österreichs hatte frühzeitig signalisiert, noch in diesem Jahr die nächste Folge-Konferenz in Wien

auszurichten. Damit ist bereits gesichert, dass ein diplomatischer Prozess entsteht. Die Idee ist simpel: Mit der so genannten humanitären Abrüstung wurden bereits Landminen und Streubomben durch einen Verhandlungsprozess außerhalb der UN-Gremien geächtet. Bei den Atomwaffen ist es nun der Versuch, den zwanzigjährigen Stillstand in der multilateralen Abrüstung zu überwinden.

Am Anfang der Konferenz ist der Sprung ins kalte Wasser. Es wird geballt von den Folgen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki erzählt, und zwar von den Überlebenden – den Hibakusha. Wir haben durch die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki vor fast 70 Jahren erfahren, welche Schrecken relativ kleine Atombomben anrichten können. Bei der Konferenz in Nayarit hörten aber viele Regierungsvertreter zum ersten Mal von den Überlebenden selbst, welchen Horror sie erlebten und was konkret eine Atombombe von anderen Bomben unterscheidet. Sie ist einmalig in ihrer Grausamkeit und Zerstörungskraft, sie trifft unterschiedslos jeden, auch nachkommende Generationen, denn ihre ionisierende Strahlung richtet auf der Zellebene langfristigen Schaden an. Wer nicht durch Hitze, Druckwelle oder akute Strahlenkrankheit getötet wird, hat bis zum Ende seines Lebens an den physischen und psychischen Folgen zu leiden. Besonders bewegend war die Rede von Setsuko Thurlow, die als Kind in Hiroshima den atomaren Angriff selbst erlebte. Aber für viele war es die junge Masaki Koyanagi, eine Hibakusha der dritten Generation, die es deutlich machte, dass es fast 70 Jahre nach den Abwürfen immer noch Folgen gibt. Sie sagte, sie würde weiter die Geschichten der Hibakusha erzählen, wenn alle Überlebenden es nicht mehr können, bis die Atomwaffen weg sind.



Offizielle Webseite der Konferenz mit Links zu allen Präsentationen und der Zusammenfassung des Vorsitzenden: www.sre.gob.mx/en/index.php/humanimpact-nayarit-2014

Jugend in Aktion für ein Atomwaffenverbot

Heutzutage haben die Atomwaffen eine vielfach größere Zerstörungskraft als damals. Das mexikanische Amt für Zivilschutz hat ausgerechnet, dass eine 50 Megatonnen-Bombe auf Mexiko-Stadt über 20 Millionen Menschen töten würde. Fast alle Krankenhäuser würden zerstört, die wenigen überlebenden Rettungskräfte hätten keine Chance, den Menschen zu helfen. Eine noch schlimmere Vorstellung kam danach: die globalen Folgen. Der Klimatologe Alan Robock erzählte den Nuklearen Winter, immer noch aktuell, obwohl die Zahl der Atomwaffen reduziert wurde.

Dr. Patricia Lewis vom britischen Institut Chatham House erklärte, wie man eine Risikoeinschätzung kalkuliert. Denn viele Politiker meinen, dass das Risiko eines Atomwaffeneinsatzes so minimal ist, dass es weiterhin akzeptabel sei. Risiko ist gleich Wahrscheinlichkeit mal Folgen, sagte sie. Doch bei solchen Folgen wäre eine Wahrscheinlichkeit, die mehr als Null beträgt, nicht mehr akzeptabel. Nach Bruce Blair, der selber im Kalten Krieg üben musste, 50 Interkontinentalraketen innerhalb 60 Sekunden abzufeuern, ist das Risiko eines Atomkrieges durch Fehlalarm immer noch sehr hoch. Wenn heute der Befehl zum Start eines Atomkrieges zwischen den USA und Russland fallen würde, würden Tausende Atomwaffen binnen Minuten ca. 70 Millionen Menschen auslöschen.

Kein Wunder, dass sich die Mehrheit der bei der Konferenz in Nayarit vertretenen Staaten für eine Ächtung dieser Waffen aussprach. In einer weiteren Konferenz in Wien in diesem Jahr soll über mögliche Optionen für ein Atomwaffenverbot geredet werden. Trotz zarter Bekenntnisse von US-Präsident Barack Obama und anderer Regierungschefs zu einer atomwaffenfreien Welt ist gerade in allen Atomwaffenstaaten eine Modernisierung der Atomwaffen geplant statt abzurüsten. Anscheinend

wollen die Atomwaffenstaaten ihre Macht für die Zukunft absichern und werden dabei von ihren Bündnispartnern unterstützt. Die atomwaffenfreien Staaten sind mit dieser Reihe von Konferenzen, die vor einem Jahr in Oslo startete, auf dem Weg zu einer neuen Lösung. Wie die Nichtraucher, die lange die verqualmte Luft der Raucher ertragen mussten, wollen sie diese Gefahr nicht länger akzeptieren. Eine Handvoll Staaten darf nicht die Macht haben – ob mit Absicht oder aus Versehen – eine Katastrophe solchen Ausmaßes auszulösen. Denn in Nayarit wurde deutlich: Auch ein regional begrenzter Atomkrieg würde aufgrund der damit verbundenen Klimaänderungen zu einer globalen Hungersnot führen. Daher tragen alle Staaten die Verantwortung für die Prävention einer solchen Katastrophe. Nicht alleine die Atomwaffen-Staaten dürfen entscheiden, wann und wie sie abrüsten.

Die deutsche Vertreterin des Auswärtigen Amtes, Christiane Hohmann fiel mit ihrem Beitrag negativ auf. Sie behauptete, der Sicherheitswert von Atomwaffen sei aus europäischer Sicht nicht zu ignorieren. Schließlich hätten Atomwaffen einen Konflikt zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt verhindert. Damit brüskierte sie alle, die von diesem alten »Kalten-Kriegs-Denken« Abstand nehmen und in eine neue Richtung gehen wollen. Die extremistische nukleare Abschreckungs-Ideologie beinhaltet als wesentlichen Bestandteil das unverantwortbare Risiko eines Atomkrieges. Unter diesem Damoklesschwert wollen die meisten Staaten nicht verweilen. Vor allem Deutschland müsste das verstehen können. In seiner Zusammenfassung sagte der mexikanische Vorsitzende der Konferenz: »Nayarit markiert den Zeitpunkt, von dem es kein Zurück mehr gibt.« Staaten haben sich in Mexiko verabredet, einen Weg zu finden, die Welt von Atomwaffen zu befreien. Wir sehen uns wieder in Wien.

[von Xanthe Hall und Lars Pohlmeier]



Goro Shikoku in »Hiroshima mahnt« herausgegeben von Hannover

Rotes Kreuz fordert endgültiges Aus für Atomwaffen

Das Rote Kreuz unterstützt die Forderungen von Friedensgruppen nach einem Verbot aller Atomwaffen. Hinter der Initiative gegen den Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen steht der Rat der Delegierten der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung, dem Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) und der 187 nationalen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften angehören. Sie forderten die Staaten in einer Resolution auf, »in gutem Glauben und mit Dringlichkeit die Verhandlungen entschlossen voranzubringen und abzuschließen, um ein Einsatzverbot und die Abschaffung von Atomwaffen durch ein rechtsverbindliches internationales Abkommen zu ermöglichen.«

» **Die zerstörerische Kraft solcher Waffen ist mit dem humanitären Völkerrecht nicht zu vereinbaren** «

sagt IKRK-Präsident Jakob Kellenberger.

Die Haltung des Roten Kreuzes begründet sich unter anderem durch die leidvollen Erfahrungen beim ersten Atombombeneinsatz im Zweiten Weltkrieg. Als erster ausländischer Arzt traf der Rote Kreuz Arzt Marcel Junod am 8. September 1945 in Hiroshima ein. Ihm bot sich ein Bild des Grauens: »Das Stadtzentrum war nur noch ein weißer Fleck, flach und glatt wie eine Handfläche. Nichts ist übrig geblieben.« Augenzeugen berichteten ihm, dass bei der nur wenigen Sekunden dauernden Explosion »Tausende von Menschen in den Straßen und Gärten des Stadtzentrums, von einer Welle extremer Hitze getroffen, starben wie Fliegen.« Andere hätten sich mit grauenhaften Verbrennungen wie Würmer auf dem Boden gewunden.



Goro Shikoku

Mehr als 65 Jahre später gibt es immer noch keine geeigneten Mittel, um den potentiellen Opfern eines solchen Angriffs zu helfen. IKRK-Präsident Kellenberger: »Bei jedem künftigen Kernwaffeneinsatz würden sich Schreckensbilder wie die aus Hiroshima und später Nagasaki höchstwahrscheinlich wiederholen.«

Das Rote Kreuz setzt sich für eine nuklearwaffenfreie Welt ein, weil neueste Studien belegen, dass selbst ein relativ kleiner, regional begrenzter Nuklearkrieg zwischen zwei Ländern Auswirkungen hätte, die die ganze Welt betreffen. Das Weltklima würde viele Jahre lang so stark abkühlen, dass es auf allen Kontinenten zu teils dramatischen Ernteausfällen käme. Dadurch wären ein bis zwei Milliarden Menschen akut vom Verhungern bedroht. Zu den Verwüstungen, die die Atomwaffen im Kriegsgebiet anrichten würden, kämen noch Flüchtlingsströme in nie gekannten Ausmaßen hinzu. »Wir alle wären direkt oder indirekt von einem Nuklearkrieg betroffen – auch Österreich. Die einzige Chance, dies mit Sicherheit zu verhindern, ist ein verbindliches völkerrechtliches Verbot und die gänzliche Vernichtung dieser Waffen«, erklärte der österreichische Generalsekretär des Roten Kreuzes und begrüßt die Initiative seiner Regierung im Herbst 2014 in Wien eine Folgekonferenz auszurichten.



Goro Shikoku in »Hiroshima mahnt« herausgegeben von Hannover

Atomwaffen weltweit verbieten: Ein Überblick

atomwaffenfrei.jetzt

Über 50 Friedensgruppen und -organisationen haben sich im Trägerkreis »Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen« zusammengeschlossen. Er ist der deutsche Zweig von Abolition 2000. Der Kampagnenrat koordiniert die Aktivitäten: Lobbyarbeit, Aktionen – dezentral und am letzten deutschen Atomwaffenstandort Büchel in der Eifel.

→ www.atomwaffenfrei.de

atomwaffenfrei.
→ **jetzt**

Mayors for Peace

Der Bürgermeister von Hiroshima Tadatoshi Akiba startete 2003 im Rahmen des Überprüfungsprozesses des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages die 2020 Vision Campaign. Sie forderte den Beginn von Verhandlungen für eine Nuklearwaffenkonvention. Viele neue Mitgliedsorte wurden gewonnen. In Deutschland entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit mit der Kampagne atomwaffenfrei.jetzt.

→ www.mayorsforpeace.de



Abolition 2000

Im Rahmen der Verhandlungen zum nuklearen Nichtverbreitungsvertrag bildete sich das weltweite Netzwerk Abolition 2000. Mitgliedsorganisationen entwarfen ein Modell für eine Nuklearwaffen-Konvention. Der Entwurf wurde von Costa Rica und Malaysia als Arbeitspapier in die UN-Generalversammlung eingebracht.

→ www.abolition2000.org



ICAN

Die »International Campaign to Abolish Nuclear Weapons« wurde 2007 von der australischen IPPNW (Ärzte gegen den Atomkrieg) gegründet. Die Kampagne legte eine überarbeitete Fassung des Modellentwurfs zur Nuklearwaffen-Konvention vor. Er wurde Arbeitspapier bei den Verhandlungen zum nuklearen Nichtverbreitungsvertrag. ICAN erhält finanzielle Förderung durch Norwegen und die Schweiz. Bei der Konferenz in Oslo über die humanitären Folgen eines Atomkriegs wurde die Forderung nach einem »Verbotsvertrag« erhoben.

→ www.ican.org



Aktiv werden!

→ Aktionen am Atomwaffenstandort

Mit dem Ostermarsch, einer Fastenaktion und gewaltfreien Blockaden verleihen wir vor Ort am Fliegerhorst Büchel unserem Protest gegen die dort gelagerten Atomwaffen und unserem Wunsch nach einem weltweiten Verbot aller Atomwaffen Ausdruck.

→ Mein Geld atomwaffenfrei

Ins Geschäft mit Atomwaffenherstellern sind acht deutsche Finanzinstitute mit insgesamt jährlich über 7,5 Milliarden Euro verstrickt. Zum Weltspartag werden wir in einer Aktionswoche aufzeigen, welche Banken und Versicherungen in die nukleare Massenvernichtung investieren und Anleger zur Deinvestition auffordern.

→ In die Politik einmischen

Wir sprechen Abgeordnete in ihren Wahlkreisen und im Bundestag an. Wir erheben unsere Stimme auf den internationalen Konferenzen in und außerhalb der UNO. Wir fordern von den Diplomaten den Verhandlungsbeginn für ein Verbot aller Atomwaffen. **Mach mit!**

Nuklearwaffenkonvention:

Alle Staaten verhandeln gleichzeitig und erarbeiten einen Zeitplan für die vollständige Abrüstung und Vernichtung aller Atomwaffen und der dazugehörigen Trägersysteme. Der Entwurf enthält Vorschläge für einen Zeitplan, einzelne Abrüstungsschritte und Maßnahmen zur deren Überprüfung.

Verbotsvertrag: Das völkerrechtliche Verbot von Atomwaffen soll erreicht werden, indem möglichst viele Staaten dem Verbotsvertrag beitreten. In seiner Folge sollen alle Atomwaffen abgeschafft werden. Die Mitwirkung der Atomwaffenstaaten ist nicht notwendig. ICAN entwirft keine Vertragsformulierung, es fordert, dass die Staaten aktiv werden.



Pressehütte



»Im Blick« ist eine Beilage des Magazins »FreiRaum – Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die friedliche Nutzung des Weltraums«, herausgegeben von der Pressehütte Mutlangen. Diese Ausgabe wird auch dem Magazin VERSÖHNUNG (www.versoehungsbund.de) beigeheftet.

Redaktion

Wolfgang Schlupp-Hauck

Den vollständigen FreiRaum finden Sie auf der Homepage www.pressehuette.de oder bestellen Sie die gedruckte Ausgabe.

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.

Forststraße 3, 73557 Mutlangen, Telefon 0 71 71-7 56 61

Spendenkonto

Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb, BLZ 614 500 50, Konto: 800 268 499
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99
Stichwort: »Im Blick«. Bitte vollständige Adresse angeben!